

23.08.2022

Antrag

der Fraktion der SPD

Schwarz-Grün ist der Bremsklotz für bezahlbares Wohnen: Die Landesregierung muss endlich selbst handeln und für die Mieterinnen und Mieter Sicherheit schaffen

I. Ausgangslage

Große Teile der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen sind von den umfassenden Auswirkungen der vielfältigen Krise, in der wir leben, betroffen. Insbesondere den Haushalten, die finanziell nichts zusetzen haben, droht eine Abwärtsspirale aus Einschränkung des privaten Konsums, Abbau des Ersparten, über Verschuldung und Überschuldung, bis hin zu Pfändung, Zwangsräumung und Wohnungslosigkeit. Für viele Menschen hat diese Spirale bereits Fahrt aufgenommen. Das ist die soziale Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen.

Mit 18,7 % ist die Armutsgefährdungsquote in NRW im Vorjahresvergleich (17,6 %) nochmals angestiegen.¹ Der Verlust der eigenen Wohnung wird für immer mehr Menschen zur bitteren Realität. Laut Statistischem Bundesamt sollen Ende Januar 2022 in Nordrhein-Westfalen rund 36.000 Menschen wegen Wohnungsverlust in vorübergehenden Übernachtungsmöglichkeiten oder Not- und Gemeinschaftsunterkünften untergebracht gewesen sein.

Parallel verschärft sich seit Jahren der Mangel an bezahlbarem Wohnraum im Land. Gab es im Jahr 2000 noch 887.644 Wohneinheiten mit Mietpreisbindung, schmolz dieser Bestand bis zum Jahr 2019 um rund 50 % auf nur noch 456.783 ab. Bis 2030 wird ein Rückgang auf nur noch 269.957 Wohneinheiten prognostiziert, wenn nicht wirksam gegengesteuert wird. Auf die nächsten Jahre gerechnet werden durchschnittlich 18.700 Wohneinheiten pro Jahr aus der Mietpreisbindung fallen.

Angesichts dessen ist die Ankündigung der schwarz-grünen Landesregierung, in den kommenden fünf Jahren rund 9.000 mietpreisgebundene Wohnungen jährlich bauen zu wollen, unzureichend. Diese Wohnungspolitik ist nicht geeignet, das Abschmelzen des mietpreisgebundenen Wohnungsbestandes in unserem Land aufzuhalten. Das soziale Netz der öffentlichen Wohnraumversorgung in Nordrhein-Westfalen wird immer löchriger.

Die explodierenden Energiekosten stellen Mieterinnen und Mieter vor große Probleme. Der Deutsche Mieterbund geht davon aus, dass mindestens ein Drittel aller Haushalte hiervon massiv betroffen sein wird. Nach der Prognose wird mindestens das untere Einkommensdrittel der Bevölkerung nicht in der Lage sein, die aufgerufenen Energiepreise zu bezahlen. Betroffen davon werden vor allem die Menschen sein, die mit ihrem Haushaltseinkommen knapp oberhalb jeder staatlichen Anspruchsgrenzen für Transferleistungen liegen.

¹ Armutsbericht 2022, paritätischer Wohlfahrtsverband.

Viele Wohnungen drohen im kommenden Winter kalt zu bleiben.

Unabhängig von Inflation, Rezession und insbesondere Explosion der Preise für Energie drehen einige Wohnungsunternehmen die Preisspirale weiter unverhohlen nach oben. So hat beispielsweise das größte deutsche private Wohnungsunternehmen, die Vonovia, ihre Mieten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 3,4 % erhöht und gleichzeitig einen Überschuss von über 1 Milliarde € erwirtschaftet.

II. Der Landtag stellt fest:

- Die schwarz-grüne Landesregierung droht zum Bremsklotz für bezahlbares Wohnen in Nordrhein-Westfalen zu werden. Sie ist auf dem sozialen Auge blind.
- Die umfassende Krise, in der wir leben, kann nur durch gesamtstaatliches Handeln bewältigt werden. Hierzu müssen Bund, Länder, Kommunen, aber auch die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft ihren Beitrag leisten. Dies gilt insbesondere auch für die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum.
- Die gegenwärtigen und angekündigten Aktivitäten der Landesregierung sind zur Bewältigung dieser Krise vollkommen unzureichend.
- Der geplante Neubau von rund 9.000 mietpreisgebundenen Wohnungen pro Jahr reicht bei weitem nicht aus, um dieses sozialpolitisch unverzichtbare Wohnungsmarktsegment zu stärken. Das weitere Abschmelzen dieses Wohnungsbestandes wird dadurch nicht aufgehalten.
- Die dringend erforderliche Neufassung des Mieterschutzes in Nordrhein-Westfalen ist zeitnah nicht zu erwarten. Statt schnell Abhilfe zu schaffen, soll ein zeitaufwendiges Gutachten beauftragt werden, dessen Ergebnisse erst in Monaten vorliegen können. Das von der CDU-geführten Landesregierung in der letzten Wahlperiode selbst geschaffene Trümmerfeld eines lückenhaften Mieterschutzes bleibt vorerst Realität.
- Die dringend erforderliche Bekämpfung des weiteren Mietpreisanstieges findet mit der schwarz-grünen Landesregierung nicht statt. Seit dem Regierungswechsel wurden bereits dreieinhalb Monate durch Untätigkeit und internen Streit verschenkt. Bis heute ist diese Landesregierung nicht vollständig handlungsfähig.
- Die Landesregierung muss jetzt endlich aktiv werden und durch eigenes Handeln ihren eigenen Beitrag zur Bewältigung der umfassenden Krise leisten. Sie muss den Mieterinnen und Mietern in Nordrhein-Westfalen die dringend erforderliche Sicherheit bieten. Nur immer mit dem Finger nach Berlin zu zeigen, reicht bei Weitem nicht aus.

III. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- vor dem Herbst für ein flächendeckendes Kündigungsmoratorium im Land zu sorgen, damit Säumigkeit bei Nebenkostenabrechnungen nicht zu Wohnungsverlust führt
- schnellstmöglich in Absprache mit der Wohnungswirtschaft in NRW einen Pakt für einen freiwilligen Mietpreis-Stopp bis einschließlich 2025 zu erwirken

- zeitnah die Voraussetzungen für den Bau von 25.000 mietpreisgebundenen Wohnungen pro Jahr zu schaffen
- umgehend die Voraussetzungen für den Ankauf von Wohnungsbeständen zu schaffen, um den Bestand an mietpreisgebundenen Wohnungen deutlich zu erhöhen und zukünftig deutlich stärker als sozial orientierter Akteur auf dem Wohnungsmarkt zu agieren
- schnellstmöglich die Förderrichtlinien und Eckwerte der öffentlichen Wohnraumförderung in NRW so zu verändern, dass die energetische Sanierung von Wohnraum deutlich attraktiver wird
- schnellstmöglich einen Rettungsschirm für die hilfebedürftigen Stadtwerke in Nordrhein-Westfalen zu schaffen, um die Versorgung der Kundinnen und Kunden mit Energie zu sichern
- sofort einen Energiegipfel mit den Kommunalen Spitzenverbänden einzuberufen, um die Steuerung geeigneten Maßnahmen landesweit vornehmen zu können, die es braucht, unser Land durch die umfassende Krise zu leiten und Millionen von Haushalten in unserem Land zu schützen.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Christian Dahm
Sebastian Watermeier

und Fraktion